



| | | |
|--|--|---------------|
| Beschlussvorlage | Vorlage-Nr: VO/2018/426 | |
| Federführend: FB 3 Jugend und Familie | Status: öffentlich Datum: 08.02.2018 Ansprechpartner/in: Mönke, Christina Bearbeiter/in: Mönke, Christina | |
| Mitwirkend: | öffentliche Beschlussvorlage | |
| Neufassung der Richtlinie über die Gewährung von Beihilfen für junge Menschen in vollstationären Jugendhilfemaßnahmen | | |
| Beratungsfolge: | | |
| Status | Gremium | Zuständigkeit |
| Öffentlich | Jugendhilfeausschuss | Entscheidung |

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Änderung der Richtlinie entsprechend der Vorlage.

Sachverhalt:

Die Regelungen für die Gewährung von Beihilfen bei Hilfen nach § 19 SGB VIII (Gemeinsame Wohnformen für Mutter/Vater und Kind), § 34 SGB VIII (Heimerziehung) sowie § 33 SGB VIII (Vollzeitpflege) sollen künftig in einer Richtlinie zusammengefasst werden. Bislang galten zwei getrennte, aber inhaltlich weitestgehend identische Regelungen. Die Richtlinie zu Beihilfen für Pflegekinder ist zuletzt in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 19.02.2014 beschlossen und mit Wirkung ab 01.01.2014 in Kraft gesetzt worden.

Neben redaktionellen Änderungen und Klarstellungen war die Anpassung einiger Beihilfeshöhen erforderlich geworden. Grundlage und Orientierungsrahmen für die Festlegung der einzelnen Beträge sind die einschlägigen Bestimmungen im SGB VIII, die Landesunterhaltsverordnung (LUVO) sowie die Regelung zur Mietobergrenze des Jobcenters.

Die dargestellten Änderungen führen insgesamt zu Mehrkosten von jährlich ca. 46.000.-€, wobei etwa 28.000.-€ Mehrkosten auf die geplante Anpassung der Miethöhe beim betreuten Wohnen entfällt. Näheres ist der Anlage zu entnehmen.

Die Änderungsvorschläge sind im Einzelnen rot markiert und der anliegenden Richtlinie zu entnehmen.

Der Ausschuss wird um Beratung und Beschlussfassung zur Änderung bzw. Neufassung der Richtlinie gebeten.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Anlage

Anlage/n:



Kreis Rendsburg-Eckernförde

Der Landrat
Fachbereich Jugend und Familie
Wirtschaftliche Jugendhilfe

Richtlinien über die Gewährung von Beihilfen für Leistungen nach §§ 19,33,34 und 35 SGB VIII, sowie des Pflegegeldes für junge Menschen in Vollzeitpflege nach §§27/41 i.V.m.§ 33 SGB VIII.

Präambel

Für Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII oder junge Menschen in vollstationären Hilfeformen nach §§ 27/41 i.V.m. §§ 33/34 SGB VIII bzw. Hilfen nach §§ 27/41 i.V.m. § 35 SGB VIII (Betreutes Wohnen) werden im Rahmen der Leistungen der Jugendhilfe auch wirtschaftliche Hilfen gemäß § 39 SGB VIII gewährt. Pflegekinder im Sinne dieser Richtlinien sind alle jungen Menschen, die sich im Rahmen einer Hilfe zur Erziehung dauernd oder zeitlich befristet außerhalb des Elternhauses in Vollzeitpflege befinden.

1. Antragstellung

Ein Antrag auf eine der nachfolgend aufgeführten Beihilfen **unter 2.1 bis 2.9 und 3.1 bis 3.5** ist zuvor schriftlich von dem jeweiligen Einrichtungsträger bzw. dePflegefamilie oder dem jungen Erwachsenen selbst beim Fachdienst Jugend und Familie, Wirtschaftliche Jugendhilfe, Kaiserstr. 8, 24768 Rendsburg, zu stellen.

Eine nachträgliche Beihilfegewährung scheidet in der Regel aus.

Die Beihilfen unter den Positionen **2.1 – 2.7 bzw. 3.1 bis 3.4** werden jeweils in der Regel erst nach Vorlage der Quittungsbelege in Kopie gewährt bzw. es ist ein Verwendungsnachweis zu übersenden.

2. Beihilfen, die für alle oben genannten Hilfearten Anwendung finden:

2.1 Erstbekleidung

Bei der Aufnahme eines jungen Menschen in einer Einrichtung/Pflegefamilie oder einem Wechsel der Einrichtung/Pflegefamilie sowie der Aufnahme im sog. betreuten Wohnen kann innerhalb von 6 Wochen nach der Aufnahme in dieser Betreuungsform je nach Lage des Einzelfalles eine Beihilfe in Höhe von max. **300.- €** zur Verfügung gestellt werden.

Diese Regelung gilt auch für die Anschaffung von Schwangerschaftsbekleidung vor der Geburt und die Ausstattung eines Säuglings bei Hilfen nach § 19 SGB VIII innerhalb von 6 Wochen nach der Geburt.

2.2 Aufwendungen für besondere Anlässe

| | |
|-------------------------|---|
| -Konfirmation/Kommunion | bis zu 180.- € |
| -Einschulung | bis zu 130.- € |
| -Klassenfahrt | 50 % der notwendigen, nachgewiesenen Kosten (ohne Taschengeld). |

Für Jugendliche/junge Erwachsene im betreuten Wohnen (§§34/35 SGB VIII) werden 100 % der Klassenfahrtkosten getragen.

2.3 Fahrrad (incl. Zubehör)

Für die einmalige Anschaffung eines Fahrrades und ggf. notwendigen Zubehörs wird ein Betrag von max. **150.- €** zur Verfügung gestellt.

2.4 Krankenhilfeleistungen

a) Brille/Kontaktlinsen

Für die Anschaffung einer Sehhilfe ist einmal jährlich eine Bezuschussung von **50.- €** möglich. Nicht in Anspruch genommene Beträge in einem Kalenderjahr können nicht angespart/übertragen werden. Es ist das Rezept des Augenarztes beim Antrag vorzulegen.

b) Zuzahlungen und Eigenleistungen bei Volljährigen sind aus Jugendhilfemitteln gem. § 40 SGB VIII zu übernehmen.

c) Das Jugendamt trägt den Eigenanteil (10 % oder 20 %) an der kieferorthopädischen Behandlung nach Vorlage des von der Krankenkasse genehmigten Heil- und Kostenplanes. Gesonderte Mehrkostenvereinbarungen die über die im Heil- und Kostenplan genannten Behandlungen hinausgehen, sind nicht Bestandteil dieser Regelung.

2.5 Maklergebühren/Mietkautionen/ Einrichtungs-/Renovierungsbeihilfe

Beihilfen für Maklergebühren/Mietkautionen bzw. eine Einrichtungs- bzw. /Renovierungsbeihilfe können bei erfolgreichem Abschluss einer Maßnahme oder beim Wechsel in das Betreute Wohnen gemäß §§ 34/35 SGB VIII gewährt werden.

| | |
|---|-------------------------|
| -Beihilfe zur nachgewiesenen Maklergebühr | max. bis 300.- € |
| -Beihilfe zur nachgewiesenen Mietkaution | max. bis 800.- € |
| -Einrichtungs-/Renovierungsbeihilfe | max. bis 600.- € |

Im 3. Ausbildungsjahr entfallen diese Beihilfen, da diese bei der Festsetzung des verringerten Kostenbeitrages nach 5.2 bereits berücksichtigt wurden.

2.6 Erwerb eines Führerscheins

Für Jugendliche oder junge Erwachsene, die sich in der Berufsausbildung befinden und einen Führerschein benötigen oder auf Grund der Entfernung zur Ausbildungsstätte sowie der mangelnden Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln über einen Führerschein verfügen müssen, wird einmalig ein Zuschuss zum Erwerb des Führerscheins (für Mofa, Motorrad, Pkw) in Höhe von maximal bis **600.- €** gewährt werden.

Die Auszahlung der Beihilfe erfolgt nach Vorlage des Nachweises über den erfolgreichen Abschluss der Prüfung und Höhe der Gesamtkosten.

Im 3. Ausbildungsjahr entfällt die Beihilfe, da diese bei der Festsetzung des verringerten Kostenbeitrages nach 5.2 bereits berücksichtigt wurden.

2.7 Berufsbekleidung

Jugendliche und junge Volljährige erhalten auf Antrag einen Ersatz der notwendigen Berufskleidung bei Nachweis entstehender Kosten.

2.8 Krankenversicherung

In der Regel sind junge Menschen über ihre leiblichen Eltern familienkrankenversichert. Kann dieser Versicherungsschutz nicht sichergestellt werden, können Pflegekinder in der kostenfreien gesetzlichen Familienkrankenversicherung der Pflegeeltern aufgenommen werden. Sind die Pflegeeltern nicht gesetzlich krankenversichert, können auch Beiträge der privaten Krankenversicherung für das Pflegekind auf Nachweis zusätzlich zum Pflegegeld zur Verfügung gestellt werden.

Leben junge Menschen in Einrichtungen nach §§ 19/34/35 SGB VIII kann auch eine freiwillige Versicherung übergangsweise in der gesetzlichen Krankenversicherung erfolgen.

2.9 Außerschulische Nachhilfe

Die Erstattung dieser Aufwendungen ist nur möglich, wenn ohne die außerschulische Förderung die Wiederholung der Klassenstufe droht oder der erfolgreiche Schulabschluss gefährdet ist. Folgende Unterlagen sind vorzulegen:

- **Aktuelles Zeugnis**
- **Schriftliche Bestätigung des jeweiligen Fachlehrers zur Notwendigkeit des Nachhilfeunterrichts**
- **Aussagekräftige, schriftliche Stellungnahme der zuständigen Fachkraft des Jugend- und Sozialdienstes, (Erforderlichkeit der zusätzlichen Leistung, Dauer, Umfang und Kosten der Hilfe, Qualifikation der Nachhilfekraft).**

3. Beihilfen, die für spezielle Hilfearten Anwendung finden:

3.1 Anschaffung von Mobiliar (§ 33)

Für die Anschaffung von Mobiliar kann bei Beginn eines Pflegeverhältnisses oder bei einem Wechsel der Pflegestelle eine Beihilfe von maximal **500.-€** gewährt werden.

3.2 Anschaffung Kindersitz/Kinderwagen (§ 19/33)

Für die Anschaffung eines Autositzes für ein Kleinkind bis zu 4 Jahren wird einmalig ein Betrag von bis zu 120.- € zur Verfügung gestellt.

Für eine Sitzerrhöhung für Kinder im Alter von 5-12 Jahren kann eine Beihilfe von bis zu 80.- € gewährt werden.

Für die Anschaffung eines Kinderwagens/Buggy für ein Kleinkind bis zu 3 Jahren wird ein Beitrag von maximal 100.- € einmal zur Verfügung gestellt.

3.3 Einzelfallregelung (§ 33)

Entstehen Pflegeeltern durch das Pflegeverhältnis außergewöhnlich hohe finanzielle Belastungen und droht es dadurch zu scheitern, kann ihnen eine einmalige Beihilfe in Höhe von 25 % der außergewöhnlichen Aufwendungen bis zu einer maximalen Höhe von 2.500.- € gewährt werden. Eine positive, schriftliche Stellungnahme des Jugend- und Sozialdienstes bzw. der Pflegekindervermittlung ist hierfür Voraussetzung.

3.4 Unfallversicherung/Alterssicherung (§ 33)

Nachgewiesene Aufwendungen zu einer Unfallversicherung und 50 % der angemessenen Alterssicherung der Pflegeeltern sind vom Jugendamt gemäß § 39 Abs. 4 SGB VIII zu tragen.

3.5 Fahrtkosten zur Schule oder Berufsausbildung/Schulmaterial (§ 33)

Jugendliche und junge Volljährige erhalten auf Antrag einen Ersatz der notwendigen und nachgewiesenen Fahrtkosten sowie Kosten für die Anschaffung von Schulmaterial bei Nachweis entstehender Kosten.

3.6 Motivationshilfe (§ 33)

Jugendliche und junge Volljährige, die nach Abschluss der Regelschulzeit (9. Schuljahr) weiterführende Schulen besuchen oder an berufsvorbereitenden Maßnahmen ohne Ausbildungsvergütung teilnehmen, werden monatlich 26% des jeweils gültigen Eckregelsatzes SGB II zusätzlich zum Pflegegeld als Motivationshilfe zur Verfügung gestellt.

3.7 Ferien- und Freizeitmaßnahmen (§ 33)

Zur pauschalen Abgeltung von Aufwendungen für Ferien- und Freizeitmaßnahmen einer Pflegefamilie wird im Juli eines jeden Jahres ein Betrag von 155.- € zum Pflegegeld ohne Antrag gezahlt.

3.8 Weihnachtsbeihilfe (§ 33)

Eine Weihnachtsbeihilfe wird in Höhe von 10 % des gültigen Eckregelsatzes SGB II im Dezember jeden Jahres ohne Antrag gewährt.

3.9 Haftpflichtversicherung (§ 33)

Bei Haftpflichtschäden gegenüber Dritten sind diese zunächst der Haftpflichtversicherung der Pflegeeltern/Eltern zu melden. Ein weitergehender Versicherungsschutz ist im gesetzlichen Rahmen einer vom Kreis Rendsburg-Eckernförde abgeschlossenen Sammelhaftpflichtversicherung für Pflegekinder gegeben. Verursachen Pflegekinder Schäden am Eigentum der Pflegeeltern, ist dabei eine Selbstbeteiligung von 20 % je Schadensfall, mindestens 51,12.-€, höchstens 511,29.- €, von den Pflegeeltern zu tragen.

3.10 Taschengeld/Barbetrag (§§ 19/34)

Taschengeld wird nach der jeweils gültigen Landesregelung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein gewährt.

3.11 Miethöhe im betreuten Wohnen (§§ 34/35)

Es kann eine Miete von max. **400.- €** mtl. zur Verfügung gestellt werden. Dieser Betrag beinhaltet sowohl die angemessene Kaltmiete, sämtliche Betriebs-Nebenkosten als auch die Heiz- und Stromkosten. Darüber hinausgehende Beträge werden nicht aus Jugendhilfemitteln finanziert.

4. Gewährung von Vollzeitpflegegeld (§ 33)

4.1 Gesetzliche Grundlage

Für die in Vollzeitpflege untergebrachten jungen Menschen werden **gemäß § 39 Absatz 5 SGB VIII i.V.m.** der jeweils gültigen Landesverordnung über die Leistungen zum Lebensunterhalt in der Jugendhilfe (Lebensunterhaltsverordnung/LUVO) des Landes Schleswig-Holstein Pauschalbeträge (sogenanntes Pflegegeld) gewährt.

4.2 Pflegegeld

Mit dem Pflegegeld nach Ziffer 4.1 bis 4.4 ist neben den Kosten für die Erziehung der gesamte regelmäßig wiederkehrende Lebensbedarf des Kindes abgegolten. Sämtliche Ersatzbeschaffungen sind aus dem laufenden Pflegegeld zu bestreiten. Gemäß § 39 Abs. 4 Satz 4 SGB VIII kann eine angemessene Kürzung des Pflegegeldes in Höhe von 10 % des Sachaufwandes erfolgen, wenn eine Unterbringung bei Pflegepersonen, die in gerader Linie verwandt sind, erfolgt.

4.3 Erhöhtes Pflegegeld

In begründeten Ausnahmefällen kann das Pflegegeld bei erhöhtem Bedarf nach den individuellen Erfordernissen zur Abdeckung des zusätzlichen materiellen und/oder pädagogischen Mehraufwandes mit zeitlicher Befristung um bis zu 150 % des Betrages für Pflege und Erziehung gem. der jeweils gültigen Lebensunterhaltsverordnung (LUVO) des Landes Schleswig-Holstein angehoben werden. Eine positive, schriftliche Stellungnahme des Jugend- und Sozialdienstes bzw. der Pflegekindervermittlung ist hierfür Voraussetzung.

4.4 Bereitschaftspflege

Bei Unterbringung in einer anerkannten Bereitschaftspflegefamilie wird ein Pflegegeld nach der jeweiligen Altersstufe der Lebensunterhaltsverordnung (LUVO) des Landes Schleswig-Holstein in der jeweils gültigen Fassung zuzüglich des maximalen Mehraufwandes nach 4.3 für bis zu acht Wochen kalendertäglich gewährt.

In besonderen Einzelfällen kann auch eine zeitlich darüber hinausgehende Gewährung erfolgen.

4.5 Auszahlungsverfahren

4.5.1 Die Pflegegeldzahlung erfolgt im Voraus bis zum 5. eines jeden Monats auf ein von den Pflegeeltern zu benennendes Konto.

4.5.2 Die Pflegegeldzahlung ist einzustellen

a) mit Ablauf des Tages, an dem das Pflegeverhältnis beendet wird. Endet das Pflegeverhältnis bis zum 15. des Monats, erfolgt die Rückforderung des Pflegegeldes für einen halben Monat. Bei Beendigung ab dem 16. des Monats erfolgt keine Rückforderung.

b) mit dem Tag der Volljährigkeit eines Pflegekindes.

c) bei Adoptionspflege zum Zeitpunkt des Zuganges der Einwilligung des/der Sorgeberechtigten beim Vormundschaftsgericht (§ 1750 BGB) oder dem Erlass/Eintritt der Rechtskraft eines Ersetzungsbeschlusses gemäß § 1748 BGB.

5. Anzurechnendes Einkommen

5.1 Anrechnung von Einkünften

Bei Gewährung von Jugendhilfeleistungen in vollstationärer Form nach §§ 27/41 i.V.m. §§ 33/34/35 SGB VIII bzw. § 19 SGB VIII sind alle Einkünfte des jungen Menschen anzurechnen, die ihm aufgrund eines eigenen Anspruchs (z.B. Einkünfte aus Waisenrenten, Berufsausbildungsbeihilfe, BAföG, Ausbildungsgeld) zustehen (§ 93 Abs. 1 Satz 3 SGB VIII).

In der Regel werden vom Jugendamt Ersatzansprüche bei den auszahlenden Stellen angemeldet. Volljährige haben in zumutbarer Weise auch ihr Vermögen gem. § 92 Abs. 1a SGB VIII bei Gewährung von Jugendhilfeleistungen einzusetzen.

5.2 Kostenbeitrag des jungen Menschen

Bei Jugendlichen und jungen Volljährigen, die Einkommen aus beruflicher Beschäftigung oder Ausbildung erzielen, sind gem. § 94 Abs. 6 SGB VIII abhängig von der Dauer der Beschäftigung/Ausbildung im ersten Beschäftigungs-/Ausbildungsjahr 60 %, im 2. Jahr 50 % und im 3. Jahr 40 % des Einkommens als monatlich zu zahlender Kostenbeitrag einzusetzen.

Auf die Erhebung eines Kostenbeitrages wird verzichtet, wenn junge Menschen eine Aufwandsentschädigung für eine ehrenamtliche Tätigkeit erhalten oder ein Honorar für eine Tätigkeit im sozialen oder kulturellen Bereich, bei der nicht die Erwerbstätigkeit, sondern vielmehr das soziale und kulturelle Engagement im Vordergrund steht.

Das Jugendamt ist von der Erzielung solcher Einkünfte rechtzeitig von den betreuenden Einrichtungen/Pflegeeltern/dem jungen Menschen in Kenntnis zu setzen, um im Rahmen einer Kostenbeitragsberechnung die Leistungsfähigkeit festzustellen und einen Kostenbeitragsbescheid zu erlassen.

5.3 Anrechnung von Einkünften der Pflegeeltern (§ 33)

Einkünfte oder Teile von Einkünften, die den Pflegeeltern für ein Pflegekind zustehen, sind auf das Pflegegeld (mit Ausnahme des Kindergeldes gemäß § 39 Abs. 6 SGB VIII) nicht anzurechnen.

Diese Richtlinie tritt aufgrund Beschluss des Jugendhilfeausschuss vom 21.02.2018 am 01.03.2018 in Kraft.

Mehrkosten pro Jahr Beihilfen 2018

| Veränderungen | § 33 | § 19 | § 34 | § 35 | Gesamt |
|----------------------------------|---------|---------|----------|----------|----------|
| Bekleidungsbeihilfe (+ 80.-€) | 1.760 € | 1.040 € | 6.400 € | 400 € | 9.600 € |
| Maklergebühren(+ 50.-€) | 100 € | 150 € | 150 € | 150 € | 550 € |
| Kaution (+ 290.-€) | 580 € | 870 € | 1.450 € | 870 € | 3.770 € |
| Einrichtung/Renovierung(+ 50.-€) | 100 € | 150 € | 750 € | 500 € | 1.500 € |
| Führerschein(+100.-€) | 200 € | 100 € | 100 € | 100 € | 500 € |
| Autositz(+ 20.-€) | 80 € | 0 € | 0 € | 0 € | 80 € |
| Sitzerhöhung (+ 80.-€) | 400 € | 0 € | 0 € | 0 € | 400 € |
| Mobiliar(+ 50.-€) | 500 € | 0 € | 0 € | 0 € | 500 € |
| Einzelfall(+ 500.-€) | 1.000 € | 0 € | 0 € | 0 € | 1.000 € |
| Mieterhöhung (+ 70.-€ monatlich) | 0 € | 0 € | 18.480 € | 10.080 € | 28.560 € |

Gesamt 46.460 €